M02NEU

Antrag

Initiator*innen: LPT // Protokoll

Titel: **Für eine starke Schiene im Revier**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

Der Landesparteitag möge den folgenden Beschluss fassen:

Im Rahmen des beschlossenen Ausstieges aus der Braunkohleverstromung soll insbesondere die Infrastruktur in den betroffenen Revieren den dringend notwendigen Modernisierungsschub bekommen. Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum Braunkohleausstieg bis spätestens 2038. Wir erwarten aber auch, dass das die Bundesregierung und das Land Sachsen ihre Zusagen einhalten. Die sächsische Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich zu den im April 2019 von Ihr definierten Vorrang-Projekten für das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier zu bekennen. Dies muss insbesondere für die Projekte zum Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) gelten.

Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum Braunkohleausstieg bis spätestens 2038. Damit der Strukturwandel in den betroffenen Revieren ein Erfolg werden kann, soll insbesondere auch die Infrastruktur den dringend notwendigen Modernisierungsschub bekommen. Im Rahmen des „Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG)“ hat sich der Bund verpflichtet, bis zu 26 Mrd. Euro bis 2038 für die Braunkohleregionen zur Verfügung zu stellen, um das wirtschaftliche Wachstum zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen. Auch der Freistaat Sachsen hat sich bereits mehrfach zu seiner Verantwortung für einen gelingenden Strukturwandel bekannt. Die sächsische Landesregierung hat sich zum 1. April 2021 innerhalb des

Bund-Länder-Koordinierungsgremiums mit dem Bund auf konkrete Projekte verständigt. Einige für die zukünftige Entwicklung des Mitteldeutschen und des Lausitzer Reviers sehr wichtige Verkehrsprojekte sind damit finanziell endlich abgesichert. Eine gute Erreichbarkeit beider Regionen ist die Grundvoraussetzung für unternehmerische Investitionen und die Ansiedlung junger Familien und gut ausgebildeter Fachkräfte. Durch die Elektrifizierung von Schienenstrecken in beiden Revieren und die damit verbundene Ablösung klimaschädigender Dieselzüge machen wir außerdem einen Schritt in Richtung einer klimaverträglicheren Verkehrspolitik. Hervorzuheben ist für das Lausitzer Revier der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Verbindungen Berlin – Cottbus – Görlitz und die geplante (S-)Bahnverbindung Arnsdorf – Kamenz - Hoyerswerda. Im Mitteldeutschen Revier ist mit der Strecke Leipzig – Bad Lausick – Geithain ebenfalls die Elektrifizierung für den nördlichen Abschnitt gesichert. Leider konnte über die Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden – Bautzen – Görlitz und Bischofswerda - Wilthen – Zittau noch keine Einigung erzielt werden.Die sächsische Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich bei der Bundesregierung weiterhin für die im InvKG genannten und von der sächsischen Landesregierung seit 2019 als „Vorrang-Projekte“ bezeichneten Vorhaben einzusetzen:

Prioritäre SPNV-Projekte im Mitteldeutschen Revier:

- vollständige Elektrifizierung und vollständig zweigleisige Führung der Eisenbahnstrecke Leipzig - Bad Lausick – Geithain – Chemnitz

- Ausbau der S-Bahnstrecken um Leipzig (L-Möckern/L-Leutzsch/L-Rückmarsdorf/L-Miltitz- Markranstädt)-Merseburg, inkl. der Verbindungskurve Leipzig - Großkorbetha

- S-Bahn Strecke Gera-Zeitz-Pegau-Leipzig

- S-Bahn Strecke Leipzig - Grimma

Prioritäre SPNV-Projekte im Lausitzer Revier:

- Verlängerung/Ausbau und Elektrifizierung der Bahnlinie Dresden-Kamenz-Hoyerswerda-Spremberg (Lausitzer Seenland)

- Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Dresden – Bautzen - Görlitz

- Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Bischofswerda – Wilthen – Zittau

Für das Lausitzer Revier bzw. dem ostsächsischen Raum halten wir folgende Ergänzungen für sinnvoll und umsetzbar:

- Verlängerung der vorgesehenen (S-)Bahnverbindung von Dresden über Hoyerswerda bis nach Weißwasser

Außerdem soll die Verlängerung der vorgesehenen (S-)Bahnverbindung von Dresden über Hoyerswerda bis nach Weißwasser durch Wiedererrichtung der Verbindungskurve westlich der Ortslage Schleife durch die Landesregierung geprüft werden.

- Elektrifizierung der Eisenbahn(teil)strecke Bischofswerda – Zittau

- Einrichtung einer PlusBus-Verbindung von Bad Muskau über Boxberg nach Bautzen

Außerdem wird die Sächsische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur Reaktivierung von stillgelegten oder nur eingeschränkt für den Personennahverkehr nutzbaren Bahnstrecken zu entwickeln.

Begründung

Die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier sind wirtschaftlich attraktive Standorte, Heimat für insgesamt ca. 3 Mio. Menschen, Anziehungspunkt für Fachkräfte, Regionen mit Tradition und Zukunft. Mit insgesamt 40 Milliarden Euro, verteilt über 20 Jahre, will die Bundesregierung drei Braunkohlereviere in vier Bundesländern fördern, die vom Kohleausstieg wirtschaftlich besonders betroffen sind – und die über Jahrzehnte maßgeblich zur Energie-Versorgungssicherheit in Deutschland beigetragen haben. Die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier gehören dazu. Sie sollen sich von Energieregionen zu Innovationsregionen mit neuen Perspektiven entwickeln. Das wird ohne eine bessere Anbindung an die wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Leipzig und Dresden nicht funktionieren. Die Umsetzung der o.g. prioritären

Schienenverkehrsprojekte ist insbesondere für Lausitz ein wichtiger Baustein für das Gelingen des Strukturwandels.

Zudem hat sich die Sächsische Landesregierung das Ziel gesetzt, den Anteil des ÖPNV an der zurückgelegten Wegstrecke bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln und deutlich mehr Menschen an den vertakteten ÖPNV anzuschließen.[1] Diese Ziele werden von uns ausdrücklich unterstützt. Gerade aus den ländlichen Regionen ist die Erreichbarkeit der Zentren mittels ÖPNV oft nur ungenügend gegeben. Durch eine bessere Anbindung an die urbanen Zentren ergeben sich auch neue Perspektiven für kleinere Städte und Gemeinden. Die Koalitionspartner haben sich im Koalitionsvertrag von 2019 darauf verständigt, die Reaktivierung von Bahnstrecken prüfen zu wollen.[2] Zudem hat die Bundesregierung mit der Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetztes die finanziellen Rahmenbedingen für den SPNV-Ausbau deutlich verbessert. Um die entsprechenden Mittel aber überhaupt nutzen zu können, muss die Sächsische Landesregierung jetzt handeln und ein Reaktivierungskonzept entwickeln, wie bspw. Baden-Württemberg bereits getan hat.

1Koalitionsvertrag zwischen CDU, Bündnis 90/Die Grünen u. SPD 2019-2024; S. 47

2Koalitionsvertrag zwischen CDU, Bündnis 90/Die Grünen u. SPD 2019-2024; S. 50